

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Kinder, Jugend und Schule Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 45/0153/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 20.10.2015 Verfasser: 45/100; 45/200						
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.08.2015: Kindertagesbetreuung flexibler gestalten - Vereinbarkeit von Familie und Beruf							
Beratungsfolge: TOP: __ <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 20%;">Datum</td> <td style="width: 30%;">Gremium</td> <td style="width: 50%;">Kompetenz</td> </tr> <tr> <td>03.11.2015</td> <td>KJA</td> <td>Kenntnisnahme</td> </tr> </table>		Datum	Gremium	Kompetenz	03.11.2015	KJA	Kenntnisnahme
Datum	Gremium	Kompetenz					
03.11.2015	KJA	Kenntnisnahme					

Beschlussvorschlag:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.8.2015 ist damit erledigt.

finanzielle Auswirkungen

	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	0	0	0	0
	0	0	0	0
	0	0	0	0
	0			
		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Folgekös- ten (alt)	Folgekös- ten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Erläuterungen:

Die Ratsfraktionen von CDU und SPD haben am 18.08.2015 einen gemeinsamen Ratsantrag gestellt mit dem Auftrag, dass für eine städt. Kindertageseinrichtung eine Interessensbekundung im Rahmen des Bundesprogramms KitaPlus gestellt wird, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Bundesprogramm KitaPlus

Das Bundesprogramm KitaPlus möchte gezielt Kindertagesstätten unterstützen, die über die Kernzeiten von 8-16 Uhr hinaus erweiterte Öffnungszeiten passgenau anbieten wollen, um besonderen Bedarfen aus der Elternschaft gerecht zu werden. Dabei soll nicht die Verweildauer der Kinder in der Kindertagesstätte erhöht werden, sondern es soll nur möglich sein Kinder auch zu anderen Zeiten betreuen zu lassen.

Bis 31.10.2015 musste hierzu eine Interessensbekundung an das Bundesfamilienministerium abgegeben werden. Bei einer Erweiterung bis zu 25 Stunden pro Woche wäre damit eine Förderung in Höhe von bis zu 70.000 € möglich.

In der Stadt Aachen haben zwei Träger eine Interessensbekundung für eine Kita im Rahmen des Programms abgegeben. Dies ist zum einen für die Kita „Villa Luna“ und zum anderen für die Kita „Johanniterstr. 4a“ erfolgt.

Auswahl der Kindertageseinrichtung

Die gezielte Ansprache einer städtischen Kindertageseinrichtung erfolgte insbesondere mit Blick auf einen hohen Anteil an 45 Stunden Buchungen, einer zentralen Lage, einem hohen Anteil an Vollzeitbeschäftigten und einer Mindestgröße von 4 Gruppen. Zudem sollte sie nicht in der Nähe der Einrichtungen Kalverbenden oder Eintrachtstr. liegen. Für die Einrichtung Kalverbenden ist ja bereits beschlossen, dass erweiterte Öffnungszeiten angeboten werden. Für die Kita Eintrachtstr. liegt schon eine Bewerbung für das nächste Kindergartenjahr vor.

Es konnte damit die Kindertageseinrichtung Johanniterstr. 4a angesprochen werden, die im Sozialraum 2 liegt. Sie bietet in diesem Kindergartenjahr 71 Plätze an, davon 7 Plätze mit 35 Stunden und 64 Plätze mit 45 Stunden. Im Haus befindet sich auch eine Großtagespflegestelle der RWTH mit der eine enge Kooperation besteht.

Interessensbekundung

Im Rahmen der Interessensbekundung wurde eine Förderung für die Erweiterung der Kita bis zu 25 Stunden/Woche beantragt. Dieser Antrag wurde fristgerecht gestellt. Hierfür ist eine Förderung bis 70.000 € möglich. Es soll dazu eine Sozialpädagogin in Vollzeit und eine pädagogische Fachkraft mit 15 Stunden eingestellt werden, um zunächst Bedarfe der Eltern in Einzelgesprächen zu ermitteln. Gleichzeitig sollen bisherige Notsituationen im Rahmen von Betreuung beleuchtet werden und die Erfahrungen der Eltern mit verschiedenen Lösungen erfragt werden.

Über Kooperationen sollen insbesondere vereinzelte Betreuungsprobleme über verschiedene Kooperationspartner zu einer guten Lösung für Eltern und Kinder geführt werden. Diese Angebote sollen für die Stadt Aachen verschriftlicht werden und allen Trägern zur Verfügung gestellt werden.

Es soll auch zu einer bedarfsgerechten Erweiterung der Öffnungszeit kommen.

Großer Schwerpunkt soll in der Vernetzung der Eltern untereinander liegen, da nach Erfahrung der Verwaltung diese Vernetzung gerade im Notfall und zu ungewöhnlichen Zeiten besonders gut trägt. Zudem ist es hier möglich sich auf Gegenseitigkeit zu unterstützen, so dass keine zusätzlichen Kosten anfallen. Hierbei sollen neue Methoden des Kennenlernens ausprobiert werden. Auch diese Erfahrungen sollen verschriftlicht werden und allen Trägern von Kindertagesstätten in Aachen zur Verfügung gestellt werden.

Der Eigenanteil für das Projekt soll aus den vorhandenen Haushaltsmitteln erbracht werden. Bei Erfolg des Projektes ist zu entscheiden, ob auch diese Kindertageseinrichtung zusätzliche Mittel für die erweiterten Betreuungszeiten erhält.

Umsetzung

Es ist angekündigt, dass schon Anfang November eine Mitteilung erfolgt, ob die Stadt Aachen zu einer Bewerbung im Rahmen dieses Programms aufgefordert wird. In die Umsetzung soll dann ab dem 01.03.2016 beginnen, in dem die Elternbefragung durchgeführt wird, das Konzept der Kindertagesstätte überprüft wird, mit Kooperationspartnern, wie zum Beispiel der Familiären Tagesbetreuung oder dem Elternservicebüro der RWTH die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit abgeklärt werden. Zudem wird die Erweiterung der Öffnungszeiten vorbereitet und dann auch bedarfsgerecht umgesetzt.

Ausblick

Über den weiteren Fortgang des Bewerbungsverfahrens und der Umsetzung wird der Kinder- und Jugendausschuss weiter fortlaufend informiert werden. Zudem soll eine Vernetzung mit den Einrichtungen, die verlängerte Öffnungszeiten anbieten stattfinden, so dass die Erfahrungen auch hier gesammelt werden können für zukünftige Projekte.

Der gemeinsame Ratsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.08.2015 ist damit erledigt.